

BUS fordert Dialogprozess

Gemeinderat Aulendorf lehnt Antrag ab

Von Simone Harr

AULENDORF - Die BUS-Fraktion im Aulendorfer Gemeinderat möchte mit einem Dialogprozess der Bürger, Ortschaftsräte und Gemeinderäte mehr Transparenz und Demokratie in der Stadt erreichen sowie eine Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung. Über einen Quorums-Antrag hat sie das Thema auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung gebracht. Die BUS-Fraktionsmitglieder möchten, dass der Gemeinderat über folgende Themen spricht und beschließt: Ortschaftsräte (Größe, Aufgaben, Zusammensetzung, unechte Teilortswahl, Kosten), Ortsvorsteher (Aufgaben, Status, Kosten und ehrenamtliche Entschädigung), Gemeinderat (Aufgaben, Größe, Zusammensetzung und Kosten), Fraktionsvorsitzende/Ältestenrat (Aufgabe, demokratische Legitimation, ehrenamtliche Entschädigung), öffentliche Vorberatung von Themen in den Ausschüssen sowie mehr Themen in öffentlicher Sitzung beraten und entscheiden.

Sing: Hohe Arbeitsbelastung

Bruno Sing (BUS) betonte: „Bei nur 14 Gemeinderäten für 10 000 Einwohner ist die Belastung für die Gemeinderäte hoch. Viele Gemeinderäte haben aus verschiedenen Gründen ihr Amt aufgegeben.“ Der Fraktionsvorsitzende der BUS stellte auch die Frage in den Raum, ob man Fraktionsvorsitzende brauche. „Wenn sie viel Arbeit haben, dann müssen sie auch dementsprechend bezahlt werden“, betonte Sing. Gleichzeitig forderte er, dass die Bürgerfragestunde geändert werden soll. „Es kann nicht sein, dass sie nur vierteljährlich ist. Sie sollte jede Gemeinderatssitzung stattfinden, aber zeitlich begrenzt“, sagte er. Sing kritisierte zudem die Kommunikation der Kommune über das amtliche Mitteilungsblatt „Aulendorf aktuell“. „Das ist mittelalterlich. Onlinemäßig kommunizieren wir ganz anders“, sagte er. Zudem sei in anderen Kommunen das Mitteilungsblatt kostenlos.

Für Bürgermeister Matthias Burth sind viele Themen im BUS-Antrag, über die jeweils ausführlich gesprochen werden könne. „Wenn man das alles in einer Sitzung diskutiert, haben wir keine Zeit für anderes“, sagte er. Burth schlug daher eine Klausurtagung vor, wenn es um eine grundsätzliche Ausrichtung gehe. „Sonst arbeiten wir in den nächsten zehn Sitzungen jeweils einen Punkt ab“, sagte er. Laut Burth ist die Kommunikation mit den Ortsvorstehern gut. „Wir tauschen uns aus mit Themen, die in den Ortschaften aktuell sind“, sagte er.

Gabi Schneiderhan (CDU) sprach sich dagegen aus, jede Sit-

zung eine Bürgerfragestunde abzuhalten. Zum Thema öffentliche Vorberatung sagte sie: „Für mich ist jede nicht öffentliche Sitzung in Aulendorf eine öffentliche Sitzung. Etwas nicht öffentlich vorberaten ist Arbeit. Ich wehre mich dagegen, nicht öffentlich mit geheim gleichzusetzen.“

Für Christof Baur (FW) sind vier Bürgerfragestunden im Jahr ausreichend. „Bürger, die zwischen den Terminen ein Anliegen haben, können sich an die Verwaltung wenden“, sagte er.

Pascal Friedrich (SPD) sagte, dass man grundsätzlich über alle Dinge reden könne. „Aber ich kann dem Antrag nicht zustimmen. Wenn ich mir den Antrag durchlese, kommt es mir so vor, als wären wir keine Demokratie, sondern in Weißrussland“, sagte er. Ob Themen öffentlich oder nicht öffentlich diskutiert werden, sei Hoheit des Bürgermeisters. Die Gemeindeordnung gebe es her, dass es nicht öffentliche Sitzungen gibt, wenn es beispielsweise um wirtschaftliche Fragen gehe. „Ich möchte mich dagegen wehren, dass hier Politik hinter verschlossenen Türen betrieben wird. Die Bürger werden ins Boot geholt“, sagte er.

Ortschaften sollen Impuls geben

Siegfried Hornung, Ortsvorsteher von Zollenreute, möchte nicht jedes zweite Jahre erneut über die unechte Teilortswahl reden. „Wir haben Versuche gemacht, die sind vom Gemeinderat anders entschieden worden“, sagte er. Auch Konrad Zimmermann betonte, dass das Gremium nicht immer wieder alles infrage stellen müsse. „Wenn es kommen soll, dann soll es von den Ortschaften selbst kommen“, sagte er. Zum Thema Bürgerbeteiligung sagte Zimmermann: „Alle Parteien suchen händeringend nach Leuten, die sich für den Gemeinderat aufstellen lassen. Das ist die beste Bürgerbeteiligung“, sagte er. Gleichzeitig betonte Zimmermann, dass das Gremium ein offenes Ohr für die Bürger haben müsse. Hartmut Holder, Ortsvorsteher von Blönried und Mitglied der CDU-Fraktion, betonte, dass die Ortschaften im September 2011 Stellung bezogen haben zur Ortschaftsverfassung. „Ich glaube nicht, dass sich diese in anderthalb Jahren geändert hat. Nämlich, dass man die Ortschaftsverfassung nicht abschafft“, sagte er.

Für Edmund Butscher (BUS) geht es darum, den Dialogprozess in Gang zu setzen. „Die Bürger wollen mehr beteiligt werden und dieser Tendenz muss man Rechnung tragen“, sagte er.

Der Gemeinderat stimmte mit vier Ja-Stimmen (Sing, Butscher, Halder, Thurn), neun Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen (Holder, Bauke) gegen den Antrag der BUS.